

# Thorner Zeitung



Begründet

anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährlich bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mokra und Podgorz 1,80 M., durch Boten frei ins Haus gebracht 2,25 M., bei allen Postanst. 2 M., durch Briefträger 2,42 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstraße 11.  
Telegr.-Adr.: Ostdeutsche. — Fernsprecher: Nr. 46.  
Berantwortlicher Schriftleiter: August Schach in Thorn.  
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung G. m. b. H., Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgesparte Petitzeile oder deren Raum 15 Pf. Reklamen die Petitzeile 30 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis spätestens 2 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle.

Nr. 125.

Sonntag, 28. Mai

Erstes Blatt.

1905.

## Nur 67 Pf.

kostet die „Thorner Zeitung“ bei allen Postämtern für Monat Juni.

Mit Botenlohn 81 Pf. Unsere Ausgabestellen nehmen Bestellungen zum Preise von 60 Pf. entgegen.

## Tagesblatt.

Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist auf der Reise zum russischen Hauptquartier aus der Mongolei in Werchnje-Udinsk (Transbaikalien) eingetroffen und hat sich auf der sibirischen Bahn nach Osten begeben.

\* Im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte Graf Bülow sein Einverständnis mit den Kompromißanträgen zur dritten Beratung der Berggesetznovelle. Dieser Kompromiß wurde angenommen.

\* König Oskar von Schweden und Norwegen hat gestern die Regierung wieder übernommen.

\* Russland hat tatsächlich von Argentinien vier Kriegsschiffe gekauft, die bei Borneo liegen.

\* Mehrere russische Kriegs- und Transportschiffe sind vor Wusung bei Shanghai erschienen.

## Die dritte Lesung der Bergnovelle.

Am Freitag musste es sich im Abgeordnetenhaus entscheiden, was aus dem verstärkten Arbeiterbeschluß werden sollte, nachdem in zweiter Lesung die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse ganz gefallen waren. Der Andrang zu der entscheidenden Sitzung seitens des Publikums war groß, viele mußten umkehren, ohne eine Tribünenkarte erhalten zu haben. Zahlreiche Reichstagsabgeordnete sah man auf den Tribünen. Das Haus war überaus gut besetzt. Ministerpräsident Graf Bülow, den diesmal keine Repräsentationspflichten fern hielten, wie in zweiter Lesung die Teilnahme an den Wiesbadener Festlichkeiten, war pünktlich erschienen und ergriff in der Generaldebatte sogleich das Wort.

Der Ministerpräsident suchte zunächst die Regierung vor den Konservativen zu rechtfertigen gegen den Vorwurf, daß sie den Arbeitern unberechtigte Konzessionen gemacht habe. Wieder einmal betonte Graf Bülow seine konserватiven Anschaungen, und wie großen Wert er deshalb auf ein Zusammenspielen mit den Konservativen in allen politischen Fragen lege. Um so mehr hat der Starfim der Rechten, die in den Bestimmungen über Arbeiterausschüsse etwas Sozialdemokratisches wittert, das konservative Herz des Ministerpräsidenten verwundet. Was Graf Bülow über die Arbeiterausschüsse sagte, über deren Bedeutung zur friedlichen Beilegung von Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, ist von allen einsichtigen Leuten längst anerkannt, nur nicht von den rückständigen Politikern auf der Rechten. Mit lebhaftem Widerspruch, Murren und Ohrenrufen begrüßte die Rechte die Auferstehung des Ministerpräsidenten, daß wahrscheinlich der Streik gar nicht ausgebrochen wäre, wenn bereits eine geordnete Arbeiterversetzung bestanden hätte. Als unannehmbar für die Regierung bezeichnete Graf Bülow die Beleidigung der geheimen Wahl zu den Ausschüssen, er ersuchte dringend um Annahme der Kompromißanträge, die erst zu Anfang der Sitzung verteilt worden waren und in ihren Hauptpunkten die Regierungsvorlage wiederherstellten. Graf Bülow hielt den Konservativen vor, welche politischen Folgen die Ablehnung einer Vorlage haben müsse, für die sich die Regierung mit ihrer ganzen Autorität eingesetzt habe. Die Sozialdemokratie würde dadurch einen guten Agitationsstoff gewinnen. Graf Bülow schloß mit dem Ausdruck des Wunsches und der Hoffnung, daß die Mehrheit die Verantwortung für ein Scheitern der Novelle nicht übernehmen werde.

Der Bereitschaft des Ministerpräsidenten gelang es nicht, die Konservativen umzustimmen.

Ihr Führer, Graf Limburg-Stirum, der freilich wie die „Fr. D. Pr.“ berichtet, lange nicht so junkerlich forsch und kavaliermäßig „schneidend“ sprach, wie es der Abg. von Heydebrand in zweiter Lesung getan hatte, sondern ziemlich gedrückt und so leise, daß er knapp zu verstehen war, wandte sich scharf gegen die geheime Wahl zu den Ausschüssen, auf welchen Punkt sich so ziemlich der ganze Streit nunmehr zugespielt hatte. Auch verlangen die Konservativen unbedingt Kautelen zur Verhinderung der politischen Tätigkeit der Ausschüsse. Graf Limburg-Stirum brachte einige Seitenhiebe an gegen das den Konservativen in tieffester Seele verhasste Reichswahlrecht und leistete sich dann noch den schönen Satz: „In Kapital der Autorität und Ansehen sind wir nicht so reich, daß wir damit nach Belieben schalten und walten können.“ Die Rechte jubelte Beifall, als Graf Limburg seine Trutzrede geschlossen, die Linke und das Zentrum lachten.

Die Freikonservativen, wenn sie auch im Grunde ihres Herzens von Arbeiterausschüssen und namentlich von geheimer Wahl nichts wissen mögen, hatten sich zum größten Teil doch dem Kompromiß angegeschlossen, an dem außer ihnen das Zentrum und die Nationalliberalen beteiligt waren. Frhr. von Zeditz, der Sprecher der Freikonservativen, verschüttete es arg mit den Nachbarn von der äußersten Rechten, als er ihnen begreiflich zu machen suchte, daß ihre ablehnende intransigente Haltung nicht geeignet sei, die Autorität des Staates und der Regierung zu stützen, sondern viel eher dazu diene, die Autorität zu untergraben. Aus „schwerwiegender politischen Gründen“ hat die Mehrheit der Freikonservativen, wenn auch schweren Herzens, sich für das Kompromiß entschieden.

Eine längere Rede des Abg. Spahn vom Zentrum für die Kompromißanträge bot nichts Bemerkenswertes. Abg. Dr. Friedberg hatte die Aufgabe, den Rückzug der Nationalliberalen auf das Kompromiß zu verteidigen. Nur ein paar Nationalliberalen haben nicht mitgemacht, ein „nicht unerheblicher Teil“ der Partei hat, wie Dr. Friedberg versicherte, sich nur sehr langsam die Überwindung zum Pakt mit Zentrum und Freikonservativen „abgerungen“. Trotz der bestimmten Erklärungen des Grafen Limburg-Stirum gab Herr Friedberg die Hoffnung noch nicht ganz verloren, daß die Konservativen für das Kompromiß zu haben sein würden. Der Ausbruch ungebundenster Heiterkeit auf der äußersten Rechten bei diesen Worten hätten den nationalliberalen Redner von dem trügerischen Charakter dieser Hoffnung überzeugen müssen.

Abg. Dr. Wiemer bekämpfte namens der Freisinnigen Volkspartei die Beschlüsse zweiter Lesung und ging scharf ins Gericht mit den arbeiterfeindlichen Reden der Herren v. Heydebrand und v. Brandenstein. Auch er hielt den Konservativen vor, wie sie, die sonst das Wort Autorität stets im Munde führten, hier direkt die Staatsautorität zu schädigen kein Bedenken trügen. Arbeiterausschüsse mit geheimer Wahl seien eine unerlässliche sozialpolitische Forderung. Die Kompromißvorschläge zu den Arbeiterausschüssen bezeichnete Dr. Wiemer mit Recht als dunkel, die Freisinnige Volkspartei stände ihnen sehr misstrauisch gegenüber. Die darin befindliche Suspension der Arbeiterausschüsse sei für die Freisinnige Volkspartei unannehmbar. Von der Fassung der Beschlüsse dritter Lesung im einzelnen werde die Stellung der Partei in der Gesamtabstimmung abhängen. Prinzipiell hält die Freisinnige Volkspartei an der Regierungsvorlage fest.

Die prinzipiell ablehnende Haltung der Polen legte der Abg. Korfanty dar. Die Polen nehmen besonders Anstoß an der Bestimmung, daß nur der deutsche Sprache mächtige Arbeiter Mitglied der Ausschüsse sein dürfe. Wolff-Lissa erklärte, daß die Freisinnige Vereinigung prinzipiell auf dem Boden der Regierungsvorlage stehe, aber in der Gesamtabstimmung auch in der Fassung der Kompromißvorschläge die Vorlage annehmen würde.

Numehr trat die Schlussguillotine in Tätigkeit. Es wurde dadurch mehreren Gegnern der Vorlage unter den Nationalliberalen und Freikonservativen unmöglich gemacht, ihren

Standpunkt noch in der Generaldebatte zu begründen.



Zur Hochzeit des Kronprinzenpaars. Wie dem „Berl. Lokalanz.“ gemeldet wird, haben die Hochschulen Berlins ihre Beteiligung an der Spalierbildung bei dem Einzuge der Herzogin Cecilie einstimmig zurückgenommen. Sie haben dies damit begründet, daß die Tracht der Chargierten nach dem Stundenlangen Verweilen im Spalier so gelitten haben dürfte, daß sie damit zu dem Kommers und dem Fackelzuge, die bekanntlich gleichfalls von der Studentenschaft geplant sind, nicht mehr erscheinen können. An Stelle der Hochschulen, die vor der Hochzeit hätten Aufstellung nehmen sollen, werden die Kadetten kommen, deren Teilnahme an der Spalierbildung der Kaiser ohnedies gewünscht hatte. Für die Hochzeitsreise des Kronprinzenpaars hat der Kaiser sein eigenes Schiff, die „Hohenzollern“, zur Verfügung gestellt, auf dem das junge Paar eine Seereise von Kiel aus unternehmen wird. Dann erst soll das Paar im Marmorspalais Wohnung nehmen. Der „Hohenzollern“ wird als Begleitschiff der kleine Kreuzer „Berlin“ beigegeben werden.

Eine päpstliche Sondergesandtschaft zur Hochzeit des deutschen Kronprinzen wird nach der „Germ.“ nächster Tage in Berlin eintreffen.

Der Regent von Reuß ä. L., Fürst Heinrich von Reuß j. L., soll nach einer offiziösen Meldung beabsichtigen, wegen Krankheit die Regentschaft niederzulegen. Über den Termin der Regentschaftsniederlegung sei noch nichts bestimmt.

Über den bevorstehenden Besuch des Fürsten von Montenegro am Berliner Hofe wird den „Hamb. Nachr.“ aus Berlin gemeldet: Auf Vermittelung des italienischen Hofes ist während der Mittelmeereise des deutschen Kaisers die Unterhaltung regerer als der bisherigen Beziehungen zwischen Berlin und dem Fürstentum in Aussicht genommen worden. Fürst Nikita wollte nach dem Vorschlag der italienischen Diplomatie bereits in Neapel mit Kaiser Wilhelm zusammentreffen. Der Plan scheiterte indessen an dem von deutscher Seite erhobenen Einwand, daß eine solche Begegnung zu unbegründeten politischen Kombinationen Anlaß geben würde. Dagegen sandte der Kaiser dem Fürsten eine Einladung zu der Berliner Frühjahrsparade.

Das Kaisertelegramm an den Deutschen Flottenverein war in der Wochenschrift „Europa“ seinem Inhalte nach wiedergegeben worden. Der „Deutsch. Tagessgt.“ wird jetzt von kundiger Seite versichert, daß der Inhalt des Telegramms von der Wochenschrift unrichtig wiedergegeben worden sei. Die richtige Version wird aber von dem Blatte nicht mitgeteilt.

Zum Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika soll binnen weniger Wochen Herr von Lindequist ernannt werden. Wenigstens erwartet die „Nationalztg.“, daß die Verhandlungen mit diesem Herrn, der augenblicklich nach dem Süden beurlaubt ist, zu einem baldigen befriedigenden Abschluß gebracht werden. Es heißt nämlich, daß der Kaiser bereit ist, die Forderung Lindequists gut zu heißen, daß der Gouverneur über dem Kommandeur der Schutztruppe zu stehen habe – einerlei, welche militärische Stellung dieser Gouverneur hat – und daß ihm, dem Gouverneur, die Verfügung über die Schutztruppe zustehe. Herr v. Lindequist beabsichtige durchaus nicht, sich in die innere Verwaltung der Schutztruppe zu mischen, aber er wolle nicht, daß sich irgend welcher Kompetenzstreit erhebt, wenn er es für gut findet, einen Teil der Schutztruppe hierhin oder dorthin zu beordern. Die „Nationalztg.“ fügt hinzu, daß der neue Gouverneur aber noch nicht sobald nach Südwestafrika die Ausreise antreten wird, denn abgesehen von Besprechungen und Beratungen im Kolonialamt über die künftige Politik und Reformen würde

es nicht Herrn v. Lindequists Wunsch sein, in Südwestafrika noch mit General von Trotha zusammenzutreffen, weil bei den Machtbefugnissen, die der General zurzeit besitzt, der Gouverneur von vornherein in eine schiefe Lage kommen würde.

Im Abgeordnetenhaus fand die erste entscheidende Abstimmung in der Spezialberatung über den § 80 f mit seinen Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse statt. Hier wurde der Kompromißantrag angenommen, der sich von der Regierungsvorlage dadurch unterscheidet, daß die Arbeiterausschüsse obligatorisch erst bei Betrieben mit 100 Arbeitern sein sollen und ferner dadurch, daß er eine Befugnis der Behörde vorsieht, den Arbeiterausschuß auf ein Jahr zu suspendieren. Über letztere Bestimmung wurde durch Austrägung abgestimmt. Es ergab sich die Annahme mit 209 gegen 137 Stimmen. Dafür stimmten die Freikonservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen mit verschwindenden Stimmen. Die Vorlage wurde schließlich in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Konservativen einiger weniger Freikonservativer, und Nationalliberalen angenommen, durchweg in der Fassung der Kompromißanträge.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. v. Jaunz veröffentlichte in der „Straßburger Post“ eine Erklärung folgenden Inhalts: Nach dem Vorgehen der „Lothringer Volksstimme“ in Mecklenburg hätten die in Berlin erscheinende „Germania“ und andere Blätter es in verdächtiger Weise als auffallend bezeichnet, daß seine Gattin beim Empfang Sr. Majestät des Kaisers in Remeltingen nicht zugegen war, sondern sich in Paris aufhielt. Er erklärte deshalb, daß seine Frau bereits längere Zeit vor dem Besuch des Kaisers während eines Aufenthalts in Paris erkrankt und infolgedessen bettlägerig war. Frau v. Jaunz hätte bis zum letzten Augenblick gehofft, die Reise nach Remeltingen unternehmen zu können, habe aber dann auf ärztliche Anordnung darauf verzichten müssen, bei dem Besuch Seiner Majestät anwesend zu sein, und er habe daher an der Seite seiner Mutter den Kaiser empfangen. Seine Frau habe die Ehe mit ihm selbstverständlich in vollkommen Kenntnis der jetzigen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen und seiner persönlichen Gesinnung geschlossen.

Der preußische Justizminister und die Sozialdemokratie. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: In den Reichstagsverhandlungen der letzten Tage ist von sozialdemokratischer Seite dem Justizminister wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß er sich eines Eingriffs in die Rechtsprechung des Kammergerichts schuldig gemacht habe. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Begründung. Wenn der Justizminister es sich hat verlagen müssen, den gegen ihn erhobenen maßlosen Angriffen im Reichstage selbst entgegenzutreten, so beruht dies darauf, daß die kgl. Staatsregierung den Reichstag nicht als diejenige Stelle betrachtet, an welcher sie sich wegen preußischer Verwaltungsakte zu verantworten hat.

Beratungen für die Konferenz zur Errichtung eines internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom. In den Räumen des bayerischen Landwirtschaftsrates in München fand am Donnerstag eine einleitende Beratung der Delegation statt, welche vom Reichsamt des Innern zu der wegen der Behandlung des Projektes eines internationalen landwirtschaftlichen Instituts sich versammelnden Konferenz von Landwirten und Regierungsvertretern in Rom abgeordnet wurde. Es befinden sich darunter u. a. Ministerialdirektor Thiel-Berlin, Prinz Schönaih-Carolath auf Saabor, Landeskonomierat Winkelmann-Westfalen, Rat Haas-Darmstadt, Geheimer Konsistorialrat Steiger aus Sachsen und Dr. Röske, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte. Im Laufe des Tages seien die Herren ihre Reise nach Rom fort.

Geschäftsfromm. Von einem eigenartigen „principientreuen“ Redakteur in Halle erzählt der „Zeitungsvorlag“: Dort hatte der Redakteur Otto Winkler im Januar unter dem Titel „Katholisches Wochenblatt, Spezialorgan für die katholische Gemeinde“ eine Zeitung





